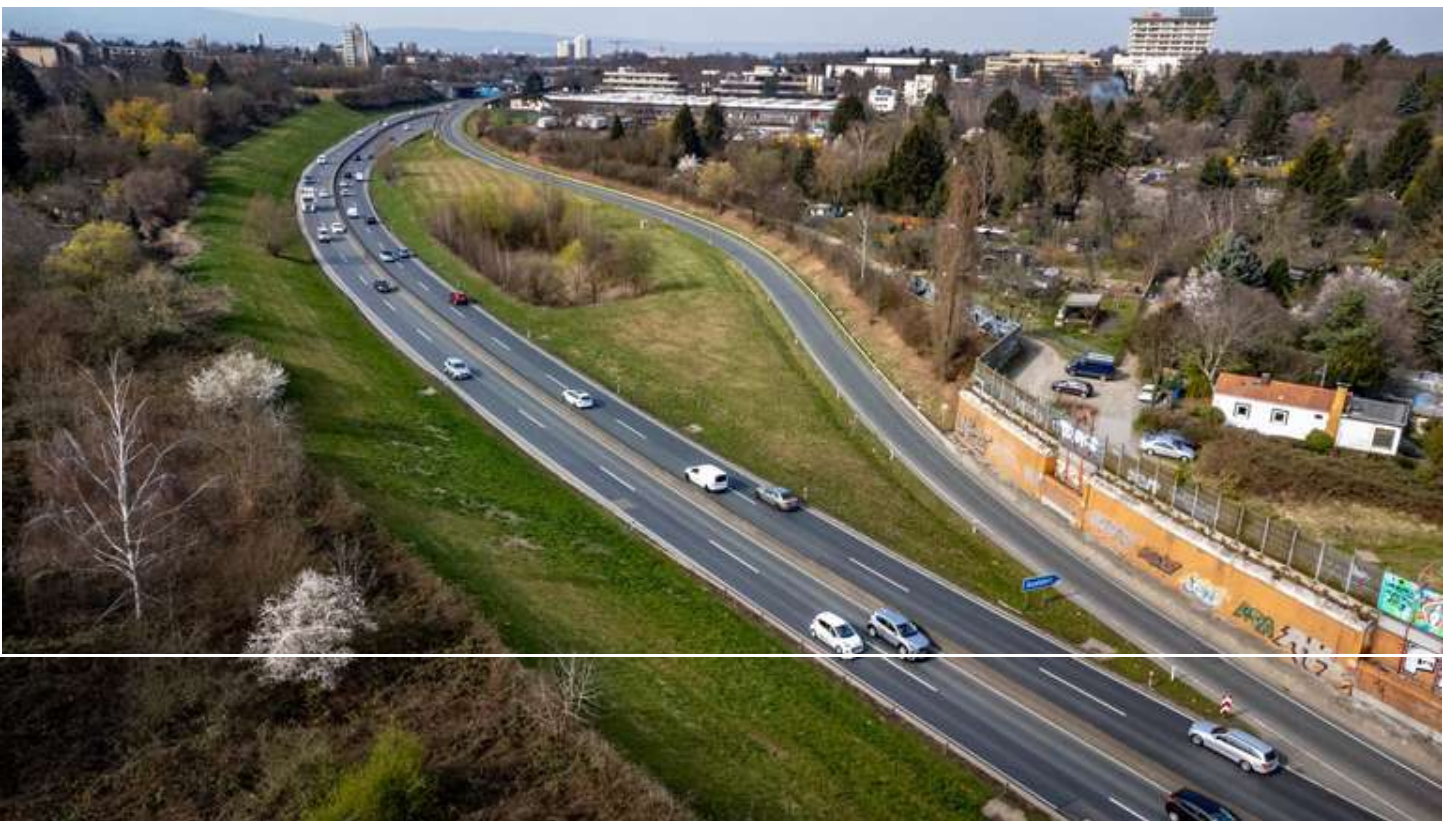


Startseite Frankfurt

Frankfurt: Moratorium für Autobahnausbau

Erstellt: 21.03.2022 Aktualisiert: 22.03.2022, 17:05 Uhr

Von: [Florian Leclerc](#)



Die A661 soll ausgebaut werden, zunächst auf vier breite Spuren, später auf sechs Spuren. © Peter Jülich

Das Bündnis Verkehrswende Frankfurt veranstaltet eine Reihe mit dem Titel „Argumente gegen Autobahnbau“, um auf die negativen Folgen des Autobahnausbaus hinzuweisen.

Das Bündnis Verkehrswende Frankfurt fordert ein Moratorium für den Autobahnausbau in der Stadt. „Die Stadtpolitik sollte offen sagen, dass sie den Autobahnausbau nicht will“, sagte Willi Loose vom Aktionsbündnis unmenschliche Autobahn. Es dauere ohnehin noch zehn Jahre, bis die A 66 mit Tunnel im Stadtteil Riederwald ausgebaut sei. Bis dahin könne die Stadt mit dem Ausbau von Bus und Bahn sowie Radwegen Alternativen schaffen.

Mathias Biemann vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) in Rhein-Main wies auf die negativen Folgen des Autobahnausbaus hin. Durch die ausgebaute A66

der Autobahn nach westen in die innenstadt führen, sagte er und zählte auf: die Friedberger Landstraße, die Hanauer Landstraße, die Eckenheimer Landstraße, den Ratsweg, den Alleenring bis zum Bürgerhospital, die Borsigallee und die Strahlenberger Straße. „Über das Thema Autobahnausbau ist noch nicht genug aufgeklärt worden“, sagte er. Die staatlichen Institutionen würden nur die Verkehrsabnahme etwa auf der Straße am Erlenbruch hervorheben, ohne ebenso deutlich auf die Verkehrszunahme auf zahlreichen Straßen in die Innenstadt einzugehen.

Veranstaltungsreihe „Argumente gegen Autobahnbau“

Mit der Veranstaltungsreihe „Argumente gegen Autobahnbau“ will das Bündnis Verkehrswende die negativen Folgen des Autobahnausbaus darlegen. Am Montag, 4. April, 19 Uhr, sprechen Julia Krohmer von Scientists for Future und Albrecht Müller, der Umwelt- und Planungsethik in Tübingen lehrt, über „Ökologische Qualität der Naturräume“ und „Planungsethik und Generationengerechtigkeit“ im Gewerkschaftshaus in der Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77.

Jutta Deffner vom Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) Frankfurt und Willi Loose vom Aktionsbündnis unmenschliche Autobahn stellen am Donnerstag, 5. Mai, 19 Uhr, im Saalbau Südbahnhof „Alternative Verkehrskonzepte für den Frankfurter Osten“ vor und diskutieren die „Pendlerproblematik in Frankfurt“. Martin Lanzendorf, Mobilitätsforscher an der Goethe-Universität Frankfurt, und Wulf Hahn von der Fachagentur für Stadt- und Verkehrsplanung in Marburg, sprechen über „Induzierten Verkehr durch Straßenbau in und um Frankfurt“ und die „Folgen des Straßenbaus für das Klima“. Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos, um eine Anmeldung auf der Website buendnis-verkehrswende.de/autobahnausbau wird gebeten.

Rüdiger Hansen vom BUND Frankfurt legte dar, ein Rechtsgutachten habe den Bundesverkehrswegeplan als verfassungswidrig eingestuft, weil er dem Schutz der Lebensgrundlagen für die künftigen Generationen widerspreche. „Solange die Bäume im Fechenheimer Wald noch nicht gefällt sind , lohnt es sich zu kämpfen“, sagte Willi Loose.